

Rundbrief, 17. Dezember 2021

Liebe Freunde,

die Bemühungen unserer Kabuler Kollegen, mit unserem Partnerministerium den Wiederbeginn des Unterrichts zu vereinbaren, sind mühsam. Im November war ein Leiter für die Abteilung, die in diesem Ministerium für uns zuständig ist, ernannt worden. OFARINs Büro-Manager Abdul Hussain hatte den neuen Abteilungsleiter besucht und die für uns wichtigen Fragen gestellt: Wann können wir wieder mit dem Unterricht beginnen? Wie steht es mit dem Unterricht für Schülerinnen und mit der Mitarbeit von Trainerinnen, Lehrerinnen und sonstigen Büromitarbeiterinnen? Unseren Mitarbeitern drohen weiterhin Inhaftierungen, weil sie für eine westliche Organisation arbeiten. Sind unsere Mitarbeiter und ihre Angehörigen in Zukunft vor Übergriffen geschützt? Der Abteilungsleiter war überfordert. Alle unsere Fragen musste er mit höheren Taliban abklären.

Vor einer Woche hatte er immer noch keine Antworten auf unsere Fragen. Abdul Hussain war mit Naqib, einem unserer paschtunischen Kollegen, dort. Beide haben deutlich gemacht, dass wir darauf angewiesen sind, zu erfahren, wie es weitergeht. Unsere Geldgeber finanzieren derzeit den Leerlauf des Apparates OFARIN. Das werden sie nicht bis in alle Ewigkeit tun. Wenn uns das Ministerium für Religiöse Angelegenheiten nicht bald eine Perspektive bietet, müssten wir mit anderen Ministerien über eine Partnerschaft sprechen. Der Klartext unserer Leute beeindruckte den Abteilungsleiter. Er versprach in einer Woche Bescheid zu wissen. Doch nun ist der Minister verreist, mit dem er Fragen klären wollte.

Erinnern Sie sich an das, was ich im Oktober-Rundbrief über die Entscheidungsfindung der Paschtunen geschrieben habe? Die folgen den zeitraubenden Riten in ihren Stammesversammlungen. Wir werden noch viel Geduld benötigen. Die Taliban sind noch lange nicht so organisiert, um die Hilfsorganisationen, die sich jetzt als Partner anbieten, einzuschätzen und mit ihnen eine Zusammenarbeit zu beginnen.

Einigen Organisationen wurde erlaubt, in einigen begrenzten Bereichen vorläufig die Arbeit aufzunehmen. Auf endgültige Entscheidungen müssen sie warten. Die Taliban wollen die Büros aller Hilfsorganisationen inspizieren. Bis dahin gibt es allenfalls Vorläufiges.

Dabei geht es vermutlich nicht nur um die Inhalte und Modalitäten der Arbeit von Hilfsorganisationen, sondern um die Macht innerhalb der Gruppierungen der Taliban. In Afghanistan spricht man über den Gegensatz zwischen den Khosti und den Kandahari. Die Kandahari sind die Vertreter der „alten Taliban“. Einige von ihnen waren schon bis 2001 Minister. Die Kandahari stützen sich auf die Krieger auf dem Land. Das sind Bauern oder Nomaden die gelegentlich an Überfällen auf Transporte oder Stützpunkte der Regierung oder der Ausländer in ihrer näheren Heimat teilnahmen. Das kam der kriegerischen Mentalität dieser Männer entgegen. Anschläge in großen Städten wurden dagegen von Spezialisten des Haqqani-Netzwerkes ausgeführt. Das wird vom Clan der Haqqanis geführt, der in der Provinz Khost ansässig ist.

Was wollen die Taliban? Was sagen sie über ihre eigenen Absichten? Gibt es Prinzipien, die für sie unverzichtbar sind? Offiziell stellen die Taliban nur heraus, dass sich in ihrem Herrschaftsbereich alles nach der Scharia richten muss. Man schreckt zusammen. Scharia-Recht heißt, dass Dieben die Hände abgehackt und Ehebrecher (vor allem Ehebrecherinnen) gesteinigt werden. Vermutlich fallen auch den Taliban als erstes diese brutalen Strafen ein, wenn sie „Scharia“ hören.

Wussten Sie, dass die Scharia keine Zwangsverheiratungen erlaubt? Wenn ein Mädchen den Bewerber ablehnt, den der Vater mit dem potentiellen Schwiegervater ausgehandelt hat, darf das Mädchen nicht verheiratet werden. Dieses Scharia-Gesetz kennen in Afghanistan sogar viele Laien. Dennoch wird sich weder die Taliban-Regierung noch eine nennenswerte Zahl von Bürgern an dieses Gesetz halten. Ein Bekannter ist Deutsch-Iraner und Moslem und Professor für Menschenrechte und Völkerrecht in Wien. Er stöhnt: „Wenn wir in Afghanistan wenigstens die Scharia hätten. Das Recht in Afghanistan ist vorislamisches Stammesrecht.“

Als die Taliban vor 2002 in Afghanistan herrschten, wurden Männer, die ihren Bart gestutzt oder sich gar rasiert hatten, ins Gefängnis geworfen. Der Prophet hatte nämlich seinen Bart wild wachsen lassen, und da er ein Vorbild für alle Gläubigen ist, dürfen auch die den Bart nicht pflegen. Die Scharia stellt es dagegen dem Gläubigen frei, den Bart zu trimmen oder auch nicht. Vermutlich halten die meisten Taliban das selbst-erfundene Bartgesetz für Scharia-Recht.

Die Scharia wurde mehr als 200 Jahre nach dem Tod des Propheten kanonisiert. Es sollte das Zusammenleben aller Moslems regeln. Damals reichten die islamischen Gebiete von Indien bis Spanien. Die Völker, die dort lebten, hatten sehr verschiedene Traditionen und Sitten. Nur wenige Gesetze passten für alle. Viele Gesetze der Scharia galten nur für bestimmte Regionen. Von Anfang an gab es im Scharia-System viele Möglichkeiten, Ausnahmen zu machen. Viele Regeln konnten befristet oder unbefristet ausgesetzt werden.

Für Völker in der südlichen Sahara galt über Jahrhunderte das Gesetz des schlafenden Fötus. Die Männer dort waren mit ihren Kamelen oft jahrelang auf Handelsreisen oder Kriegszügen unterwegs. Man fügte die Möglichkeit in das regionale Scharia-Recht ein, dass ein Fötus lange Zeit im Mutterleib schlafen kann, bevor er sich weiterentwickelt und geboren wird. Das trug wesentlich zum Rechtsfrieden bei.

Die große Flexibilität der Scharia ließ die Idee aufkommen, dieses Recht so auszulegen, dass es mit allen Anforderungen der UN-Menschenrechtskonvention vereinbar ist. Die Iranerin Schirin Ebadi arbeitete diesen Ansatz aus. Sie bewies, dass das möglich ist. Dafür wurde sie 2003 mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Dem Mullah-Regime gefiel diese Auslegung des Scharia-Rechts nicht. Frau Ebadi wurde gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Auch die Taliban sind sicher nicht mit jedem Rechtskanon, der unter dem Begriff Scharia Platz fände, einverstanden. Offenbar verfolgen sie mit ihrer konkreten Politik durchaus Ziele, die sich nicht mit dem Scharia-Recht begründen lassen. In den Friedensverhandlungen mit

den USA haben sie die angemessene Beteiligung aller Ethnien an der Regierung zugesagt. Diese Zusage widerspricht nicht der Scharia – auch nicht dem engen Verständnis, das die Taliban von diesem Recht haben. Warum erfüllen sie die Zusage dennoch nicht?

Die Taliban gehen also sehr großzügig mit der Scharia um. Die große Flexibilität, die dieses Rechtssystem bietet, dürften nur wenige von ihnen kennen. Manche Scharia-Gesetze, die sie kennen, ignorieren die Taliban, wenn sie ihnen nicht in den Kram passen. Stattdessen haben sie rigorose Gesetze erfunden, die nicht zur Scharia gehören, die sie aber für Scharia-Recht halten. Die einzige und oft wiederholte Aussage der Taliban über die Prinzipien ihres Handelns, nämlich dass sie nach dem Scharia-Recht handeln, ist also kaum belastbar.

Wenn es keine Prinzipien gibt, die sie vertreten, warum greifen die Taliban dann äußerst massiv in das Leben der anderen Afghanen ein? Offenbar vertreten sie bestimmte Interessen. Dazu gehören sicher Interessen der bei den Taliban führenden Ethnie der Paschtunen. Es gibt Interessen bestimmter Richtungen innerhalb des sunnitischen Islams. Sicher geht es auch um Interessen ausländischer Mächte. Keine dieser Interessen wird offen genannt. Und es ist aus der Ferne schwer, diese Interessen zu beurteilen und gegeneinander abzuwägen.

Was die Durchsetzung dieser Interessen bedeutet, konnte man während der Herrschaft der alten Taliban lernen: Die vollkommene Unterdrückung der Frauen, die Vorherrschaft der Paschtunen, die Demütigung vieler Menschen, die Unterdrückung anderer islamischer Konfessionen, die Vernichtung von Bildungseinrichtungen, die Zerstörung des vorislamischen kulturellen Erbes Afghanistans, das Abtöten aller wirtschaftlichen Initiativen und Aktivitäten.

Inzwischen verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage schnell. Mangelnde Niederschläge haben zu schlechten Ernten geführt. Vor der Machtübernahme der Taliban wurde der öffentliche Dienst Afghanistans ganz überwiegend von der internationalen Gemeinschaft finanziert. Einen kleineren Teil der staatlichen Ausgaben konnte die

bisherige Regierung aus dem Aufkommen von Steuern und Gebühren bestreiten. Doch seit der Machtübernahme der Taliban zieht niemand mehr die Steuern ein. Kurz: Afghanistan hat keine Einnahmen.

Es ist vollkommen auf internationale Hilfe angewiesen. Diese Abhängigkeit von fremder Hilfe gibt der internationalen Gemeinschaft die Möglichkeit, Bedingungen zu stellen.

Die Taliban haben einen Krieg gegen den Westen und seine Ideale gewonnen. Die Gleichberechtigung der Frau, die Menschenrechte gemäß der UN-Konvention, die Religionsfreiheit und vieles mehr, was für uns unverzichtbar ist, hat den Krieg in Afghanistan verloren. Können wir die Notlage dazu nutzen, unsere Ideale doch noch durchzusetzen?

In den Friedensverhandlungen in Doha wurde einiges mit den Taliban vereinbart. Bei der Verteilung der Macht sollten alle Ethnien angemessen beteiligt werden. Frauen sollten nicht ganz rechtlos sein. Was genau in den Verhandlungen vereinbart wurde und wie verbindlich es ist, weiß ich nicht. Immerhin geben diese vagen Zusagen westlichen Diplomaten die Möglichkeit, besonders krasse Fehlentwicklungen zu beanstanden und durch Verknüpfung mit Bedingungen für humanitäre Hilfe zu verhindern.

Doch sollten wir nicht weitergehen? Sind uns die Gleichberechtigung der Frau oder die Religionsfreiheit nichts wert? Die Notlage Afghanistans bietet die Chance, jetzt mehr zu erreichen.

Hier sollte man innehalten und sich klar machen, was wir auf diese Weise durchsetzen würden. Vielleicht könnten wir die Taliban-Regierung zwingen, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, in der sie die Gleichberechtigung der Frau anerkennt. Dazu zwingen, dass sie entsprechend handeln, könnten wir die Taliban nur mit enormem Personaleinsatz. Das ist unrealistisch.

Bevor man überhaupt überlegt, wie man den Ausgang des Taliban-Krieges rückgängig machen kann, sollte man besser fragen, wie es zu diesem Krieg gekommen ist und wer wofür kämpfte.

Afghanistan ist spätestens seit 1919 ein gespaltenes Land. Schon vor dem ersten Weltkrieg waren einige wohlhabende Afghanen bis nach Europa oder gar Amerika gereist. Dort sahen sie Fabriken, in denen die tollsten Produkte schnell und zu niedrigen Preisen hergestellt wurden. Sie fuhren in Eisenbahnen von einer Stadt in die nächste. Sie sahen die Jugend der Gastländer in den Schulen und Universitäten Theorien studieren, von denen die weisesten Männer Afghanistans noch nie etwas gehört hatten. In Kliniken wurden Krankheiten geheilt, die in Afghanistan niemand überleben würde. Die reisenden Afghanen schämten sich, wie rückständig ihr Land war. Wieder zu Hause drängten sie darauf, Afghanistan so zu organisieren wie ein modernes Land.

1919 bestieg der König Amanullah den afghanischen Thron. Er war bereit, sein Land in die Zukunft zu katapultieren. Die Wehrpflicht wurde eingeführt und die Schulpflicht. Ein Gesetzbuch wurde geschaffen und Richter und Staatsanwälte. Die Verwaltung wurde in Fachministerien eingeteilt. Viele Beamte wurden eingestellt. Die Zukunft hatte begonnen. Afghanistan wurde modern. Es brauchte sich nicht mehr vor Italien oder England zu verstecken.

Der Jubel der Modernisten, der Anhänger des Fortschritts, war groß. Für sie waren die Beamten die Personifizierungen der neuen Zeit. Sie wurden gefeiert und geehrt. Der Staat konnte mit seiner Verwaltung für Ordnung sorgen. Jetzt konnte nicht mehr jeder Afghane dort ein Haus bauen oder ein Geschäft eröffnen, wo es ihm passte. Der Staat legte fest, wo das erwünscht war und wo nicht. Der Bürger musste einen Antrag stellen, wenn er ein Haus bauen wollte. Die Verwaltung entschied darüber, ob das Haus der staatlichen Planung entsprach. So konnte staatliche Planung durchgesetzt werden – und die Korruption aufblühen. Viele Beamte verstanden ihre Aufgabe nicht. Niemand konnte sie in ihre Pflichten einweisen. Das Erziehungsministerium sollte den Unterricht in den Schulen überwachen. Aber die meisten

Beamten dieses Ministeriums waren selber nicht in die Schule gegangen. Dennoch verbanden sich viele Hoffnungen mit ihnen.

Die Nomaden, die Bauern und die kleinen Handwerker in den Städten waren skeptischer. Was sollten ihre Kinder in der Schule? Die brauchten sie für die Arbeit in der Familie. Und die Söhne zum Militär zu schicken war erst recht eine Zumutung. Warum machte man alles nach, was es in den Ländern der Ungläubigen gab? Früher lag die Rechtsprechung in der Hand von religiös ausgebildeten Kadis. Jetzt konnte man auch vor einem staatlichen Gericht um sein Recht kämpfen. Wollte man die Macht des Klerus schwächen? Viele Mullahs sahen das so. Sie misstrauten den Neuerungen und bestärkten große Teile der Bevölkerung in ihrer Abwehrhaltung. Sie predigten, dass es eine Sünde sei, seine Kinder in die staatliche Schule zu schicken.

Der Glaube an den Segen der Moderne und die Herrschaft des Staates und seiner Bürokratie war für seine Anhänger eine Ersatzreligion, eine Ideologie. Der Traditionalismus, die Ablehnung von Modernisierungen, das Misstrauen gegen den Staat und die Unterstützung der Mullahs war die Gegenideologie. 1929 entluden sich die Spannungen in einem furchtbaren Aufstand. König Amanullah dankte ab und ging ins Ausland um das Blutvergießen zu begrenzen. Es kostete Mühen, die Ordnung wiederherzustellen. In den Jahrzehnten danach lebten die Modernisten, die glaubten, dass der Staat Fortschritt und Glück bringen wird, und die Traditionalisten, die Angst um ihre Identität und ihre Religion hatten, in grimmiger Feindschaft nebeneinander.

1978 putschen sich afghanische Kommunisten an die Macht. Noch energischer als Amanullah wollten die Kommunisten Afghanistan durch die Herrschaft des Staates in eine noch bessere Zukunft führen. Auch sie bedrohen Religion und Traditionen. Militärischer Widerstand erhob sich. Die Sowjetunion schickte eigene Truppen. Westliche und islamische Länder unterstützten den afghanischen Widerstand.

1992 waren die Kommunisten besiegt. Doch nun kämpften die siegreichen Parteien der Traditionalisten verbissen um die Macht. Eine

weitere Partei, die Bewegung der Taliban, entstand während dieses Bürgerkriegs. Ihre traditionalistische Ideologie, geht mit ihren islamistischen Vorschriften deutlich über die traditionelle Religionsausübung der Afghanen hinaus. Die Taliban gewinnen im Bürgerkrieg die Oberhand. Aber es gelingt ihnen nicht, das ganze Land zu erobern, obwohl sie von Pakistan, Saudi-Arabien und Islamisten aus anderen Ländern kräftig unterstützt werden.

Einer dieser Islamisten war der Araber Osama bin Laden. Der plante und organisierte von Afghanistan aus, weltweit Anschläge. Insbesondere die Anschläge vom 11. September 2001 auf die USA gehen auf ihn zurück. Die USA forderten die Taliban auf, bin Laden auszuliefern. Die Taliban lehnten ab. Die USA griffen die Taliban mit der Luftwaffe an. Die Taliban flohen.

Die Weltgemeinschaft beschloss, Afghanistan zu einem funktionierenden, stabilen Staat zu machen. Nie wieder sollten von hier aus Terroristen Anschläge planen können. Auf Grund der Erfahrungen von 1992, als die Sieger über die Kommunisten in einem Bürgerkrieg übereinander herfielen, beschloss man, den Neuanfang durch die Entsendung des internationalen Truppenkontingents ISAF zu stabilisieren. Die Staatsform Afghanistans sollte die Demokratie sein.

Den Ländern, die den Neuanfang Afghanistans planten, fiel nur diese Staatsform ein. Schließlich waren sie selber Demokratien. Die Afghanen hatten keine Wahl. Sie hatten bisher keine Demokratie erlebt.

Zur ISAF gehörten zunächst keine amerikanischen Truppen. Die USA entsandten ein eigenes Kontingent, das den Terrorismus bekämpfen sollte. Was das bedeutete, war unklar. Das feindselige Auftreten dieser Truppen legt nahe, dass es sich um einen Rachefeldzug für die Anschläge vom 11.9.2001 handelte. Jedenfalls trug dieses US-Kontingent sehr zur Wiederbelebung der Taliban-Bewegung bei. Später wurden die amerikanischen Truppen und die ISAF zusammengefügt, was den Schaden nur noch vergrößerte.

Für die Traditionalisten waren die Völker, die sich um den Neuaufbau des Staatswesens bemühten, ungläubig. Damit waren diese Länder zumindest Gegner des Islam, denn für Moslems gibt es keine Religion, die mit dem Islam gleichberechtigt sein kann. Auch das, was den Afghanen mit der Demokratie aufgenötigt werden sollte, verstieß gegen die Traditionen: Die Gleichberechtigung der Frauen, die Gleichwertigkeit aller Religionen und Ethnien – das ging weit über das hinaus, was der König Amanullah seinem Volk zumuten wollte.

Für die Traditionalisten war der Versuch, eine Demokratie zu installieren, nur die Fortsetzung der Modernisierer und ihrer ungläubigen Helfer, die Traditionen des Landes und seine Religion zu zerstören. Die Modernisten fügten sich lustlos in den neuen Versuch ein. Sicher, die Demokratie sollte auch eine starke Regierung schaffen, die das Land mit Hilfe einer Bürokratie regierte. Aber die ausländische Regie bei diesem Neuanfang gefiel vielen Menschen nicht, zumal sie zahlreiche Fehler machte. Die Mehrheit der Modernisten machte dennoch mit, aber sie stand nicht dahinter. Es war nicht ihr Ding.

Im Grunde bestand die Spaltung der Gesellschaft weiter und hat mit dem Sieg der Taliban keine Befriedung erfahren. Große Teile der Bevölkerung wollen jetzt ihr Land verlassen. Die Taliban haben kein Konzept, Afghanistan zu einem Land zu entwickeln, das Anschluss an das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben findet, und schließlich ein gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft wird.

Afghanistan muss seinen inneren Frieden finden und die Gegensätze in der Gesellschaft abbauen. Eine gemeinsame Perspektive für alle Afghanen kann ein Einstieg in Ausgleich und Versöhnung sein. Sie dürfen mich jetzt auslachen, aber ich bin überzeugt davon, dass unser Programm dazu beitragen kann.

Die Erfahrungen, die ich mit den „alten Taliban“ bis 2001 gemacht habe, geben mir den Mut, mich lächerlich zu machen. Damals habe ich gelernt, dass die Taliban-Bewegung aus sehr verschiedenen Menschen besteht. Auch in höheren Positionen saßen Männer, die mit den

rigorosen selbstgemachten Gesetzen ihrer Bewegung sehr locker umgingen. Sie luden uns ein, das Verbot des Schulunterrichts für Mädchen gemeinsam zu unterlaufen. Viele waren begierig, von uns Fremden zu lernen. Und die Mullahs in „unseren Moscheen“ verteidigten unseren Unterricht entschlossen gegen die Hardliner. Vor und nach der damaligen Vertreibung der Taliban stiftete unser Unterricht viel Vertrauen und Gemeinsamkeit unter allen Betroffenen. Schüler, Lehrer und ihre Betreuer sind glücklich über ihr gemeinsames Lernen. Gemeinsinn entwickelt sich. Mut, etwas neu zu beginnen, entsteht.

OFARINs Unterricht vermittelt elementares Schulwissen und damit persönliches Selbstvertrauen sowie einen Sinn für die Allgemeinheit. Was die Betroffenen daraus machen, liegt nicht in unserer Hand. OFARIN hilft den Grundstein zu setzen. Ohne den ist kein wirtschaftlicher und technologischer Neuanfang denkbar. Er ist auch Teil einer emotionalen Basis für einen mutigen gemeinsamen Neuanfang. Welchen Weg die Afghanen schließlich wählen werden, ist ihre Sache.

Ich grüße Sie ganz herzlich und wünsche Ihnen ein Frohes Weihnachtsfest und alles Gute zum Neuen Jahr,

Peter Schwittek.